

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Fefttagen) und ist durch die Expedition, Johannistrafte 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mt., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannistrafte Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Petitzelle oder deren Raum 30 Pfg., Verkaufungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 213.

Dienstag, den 11. September 1917.

24. Jahrg.

Ribot ausgeschifft.

Die französische Ministerkrise, die anfangs einem Sturm im Glase Wasser gleich und auch anscheinend einen politisch ziemlich bedeutungslosen Verlauf zu nehmen schien, ist nun plötzlich durch die Sozialisten in eine andere Richtung gedrängt worden. Der greise Ministerpräsident Ribot, der gehofft hatte, selbst am Ruder bleiben zu können, ist ausgeschifft worden. Er hat den ihm von Poincaré erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände seines Herrn und Meisters zurückgelegt und steht nun seinen Lieblingstun, als Ministerpräsident in den Sielen zu sterben, scheitern. Ribots' endgültiger Sturz ist durch die französische Sozialdemokratie herbeigeführt worden, die damit einen Schritt getan hat, den man im Interesse der Herbeiführung einer doch so notwendigen Verständigung zwischen den Sozialisten aller Länder und damit eines gemeinsamen Zusammenwirkens für den Frieden nur mit Freuden begrüßen kann. Anfangs schien es, als ob die französischen Sozialisten auch weiter Herrn Ribot Gefolgschaft leisten würden. Renaudel hatte in einer vorhergehenden Sitzung der Gruppe gegenüber Longuet durchgesetzt, daß mit 29 gegen 23 Stimmen die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen wurde, der die Frage der Teilnahme von Sozialisten an einem Kabinetts Ribot entscheiden sollte. Dem Ausschuß gehörten der Munitionsmminister Thomas und die Abgeordneten Renaudel, Weber, Rouger und Moutet an. Von Thomas und Renaudel war anzunehmen, daß sie für die Teilnahme an dem Kabinetts sein würden, nur Moutet, der seit seiner Rückkehr aus Petersburg ein entschiedener Anhänger der Stockholmer Konferenz ist, dürfte unbedingt der Meinung gewesen sein, daß kein Sozialist in einem Kabinetts des Herrn Ribot, des Pässeverweigerers, sitzen könne.

Zwischen scheinen, vermutlich wegen der Pässeverweigerung und anderen innerpolitischen Dingen, sich zwischen Ribot und den Sozialisten Differenzen ergeben zu haben, die nicht zu überbrücken waren. Eine Pariser Havasmeldung besagt über den weiteren Verlauf der Angelegenheit:

Ministerpräsident Ribot hatte die für die Neubildung des Kabinetts in Aussicht genommenen Politiker Sonntag nachmittag versammelt, als die Vertreter der parlamentarischen Sozialistengruppe eintrafen, um zu erklären, daß sie glauben, die Verantwortung ihrer Gruppe für die Kabinettsbildung nicht auf sich nehmen zu können. Minister Thomas teilte Ribot mit, daß es ihm unmöglich sei, ihm eine Unterstützung zu gewähren, die er ihm leisten zu können geglaubt habe. Trotzdem war Ribot entschlossen, das Kabinetts zu bilden, aber vor der im Laufe des Abends zur endgültigen Bildung des Kabinetts abgehaltenen Versammlung erklärte Kriegsminister Painlevé, der zu den Sozialistisch-Radikalen gehört, daß er es für unmöglich halte, auf die Mitwirkung der Sozialistengruppe zu verzichten. Angesichts dieser Erklärung legte Ribot in Uebereinstimmung mit allen Teilnehmern an der Versammlung den ihm erteilten Auftrag in die Hände Poincarés zurück.

Wie weiter über Bern aus Paris berichtet wird, verlief die Sitzung der parlamentarischen Sozialistengruppe, in der die Beteiligung der Sozialisten an der neuen Regierung beraten wurde, sehr erregt. Mehrere Vertreter der Minderheit sprachen sich offen gegen die Beteiligung aus. Schließlich wurde eine Tagesordnung Renaudel, der die Politik des Kabinetts Ribot scharf kritisierte, angenommen, in der sich die Partei bereit erklärt, mit der Regierung an der Landesverteidigung zu arbeiten, wenn die öffentlichen Freiheiten und die der Arbeiterklasse gewährt, die Methoden der Geheimdiplomatie möglichst ausgeschlossen und die Kriegsziele der Alliierten innerhalb der Grenzen rechtmäßiger Forderungen gehalten werden. Drei weitere Tagesordnungen, die gegen die Beteiligung waren, wurden verworfen.

Die von den französischen Genossen gestellten Bedingungen sind sehr beachtlich. Insbesondere ist die letztgenannte Bedingung von besonderer Wichtigkeit. Besagt sie doch nicht mehr und nicht weniger, daß Frankreichs Regierung auf die Verbündeten dahin einwirken soll, daß sie wahnsinnigen Kriegszielen keinen Raum mehr geben, daß diese sich vielmehr „innerhalb der Grenzen rechtmäßiger Forderungen“ halten sollen. Man kann zweifellos über den Sinn dieser Worte streiten; die Tatsache aber, daß die französischen Sozialisten durch die neue Regierung, der sie vermutlich selbst angehören werden, Einfluß auf die Kriegsziele Englands, Italiens und der sonstigen Verbündeten gewinnen wollen, zeugt davon, daß auch sie die Nase voll haben. Es ist zu hoffen, daß sich aus dieser Tatsache weitere, dem Frieden dienende Konsequenzen ergeben.

Nach einer weiteren „Havas“-Meldung gaben die sozialistischen Delegierten in den Gängen der Kammer für ihren Entschluß, sich nicht an der Kabinettsbildung zu beteiligen, folgende Gründe an: Als Ribot seine Absicht ankündigte, das Kabinetts umzugestalten, glaubte die Gruppe der geeinigten Sozialisten, daß es sich darum handle, das Kabinetts auf vollständig neuen Grundlagen umzubilden. Unter dieser Bedingung willigte die Gruppe ein, der neuen Regierung ihre Mitarbeit auch weiterhin zu gewähren. Als es sich aber um die Bildung des

Kabinetts erkundete, gaben sich die Sozialisten davon Rechenschaft, daß nur eine beschränkte Anzahl der Ministerien neu besetzt werden würde, während die Mehrzahl der früheren Minister ihre Ämter behalten würden. Unter dieser Bedingung änderte die Gruppe ihre Absicht und beschloß, auf die Teilnahme am Ministerium zu verzichten, in der Erwägung, daß das neue Kabinetts nicht die nötigen Bürgschaften biete, sowohl unter dem Gesichtspunkt des kräftigeren Anstoßes für die nationale Verteidigung, als unter dem der demokratischen Aktion.

Es handelt sich demnach bei der jetzigen Regierungskrise in Frankreich um einen Kampf für und wider die Demokratie, das heißt um den Einfluß der Volksvertretung auf die äußere wie innere Politik. Dieser Kampf wird in ähnlicher Weise jetzt in allen am Kriege beteiligten Ländern geführt und er scheint sich in demselben Maße zu verschärfen, wie die Möglichkeit, zu einem baldigen Frieden zu gelangen, immer näher rückt.

Das Ministerium Ribot, das dritte seit Kriegsbeginn, ist gestürzt. Obwohl es weniger „sozialistisch“ war als seine Vorgänger: die Ministerien Viviani und Briand, genoß es in französischen Arbeiterkreisen größeres Vertrauen als jene. Dieser Umstand konnte es jedoch vor dem Sturz nicht retten. Denn auch in der französischen Demokratie sind es nicht die Arbeitermassen, die die Regierungen machen oder sie zum Rücktritt zwingen. Das Ministerium Ribot bröckelte nach und nach ab. Zuerst nahmen der Marineminister Lacaze und der Unterstaatssekretär Denys Cochin ihren Abschied; ihnen folgte vor wenigen Tagen der linksliberale und arbeiterfreundliche Innenminister Malon, gegen den in den letzten Monaten sich eine weitverbreitete und von allen Reaktionen geleitete Agitation erhob, die sich schließlich gegen das ganze Ministerium wandte und es von der politischen Schaubühne hinwegsetzte.

Zwei Reihen von Ursachen trugen zu diesem Ergebnis bei. Die Mißstimmung über die Kriegslage, die seit Mitte April das französische Volk erfaßte, will nicht weichen. Alle Künste Petains und seiner jurnalistischen Handlanger, die jeden Tag französische, englische und italienische Siege ankündigen, sind nicht mehr imstande, die Massen zu täuschen. Sogar Renaudel klagt in der „Humanité“ vom 4. September über die Unfähigkeit der leitenden Männer Frankreichs.

Das öffentliche Wohl,“ ruft er, „verlangt Stärke und Entschlußfähigkeit. Seit drei Jahren sehen wir nur zu gut, daß es an diesen Tugenden mangelt. Das Volk fragt, ob nicht hierin eine der Ursachen der Kriegserweiterung zu er-

blicken sei, denn was auch die Macht des Feindes sein mag, so dürften wir doch erwarten, daß wir wenigstens vor den schlimmsten Ueberraschungen geschützt sein müßten. Und dies wäre auch geschehen, wenn die Entschlüsse rechtzeitig gefaßt und angewandt worden wären.“

Die Unstimmigkeit der Volksmassen wurde von der wachsenden Reaktion benutzt, um einen Schlag gegen die republikanisch-sozialistische Regierung zu führen. Die sich jetzt befestigte Reaktion ist zugleich annexionistisch. Sie ist für die Einverleibung des linken Rheinufers. Sie hält an der Politik Poincaré-Briand-Doumergue fest. Hingegen hat Ribot bei der bekannten Interpellation Cachin-Renaudel es verfehlt, eine klare Stellung einzunehmen, sodaß er es sowohl mit den Annexionisten wie mit den Sozialisten und Friedensfreunden verlor. Seine schwankende Haltung zeigte sich deutlich aus Anlaß der Pässe nach Stockholm. Nur wenige Tage, nachdem Ribot den Sozialisten die Bewilligung der Pässe versprochen hatte, wurde er von der Reaktion gezwungen, seine Versprechen zurückzunehmen.

Inmitten der schleichenden Ministerkrise brach über Frankreich die Affäre Duval-Abmerenda herein, die rasch von der Reaktion benutzt wurde, den Innenminister Malon, das eigentliche Bindeglied zwischen der Regierung und der Arbeiterklasse, zu stürzen. Malon war der eigentliche Apostel der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Diese ganze Richtung, mit der auch Ribot einverstanden war, sollte nunmehr diskreditiert werden. Die Reaktion verlangte dringend eine Neuorientierung.

„Welche Orientierung?“ fragt Roubaux in der „Bataille“ und antwortet: „Die Mäpfer der „Ordnung“ und der „starken Hand“ sind gegen eine Politik, die Vertrauen zur Arbeiterklasse hat und die in Frankreich weilenden Ausländer wohlwollend behandelt. Der Reaktion ist es unverstänlich, daß man regieren kann, ohne zu unterdrücken. Die elementarste Klugheit würde doch raten, daß man unter den gegenwärtigen Umständen die Wünsche dieser unheilbar Blinden nicht beachtet. Unglücklicherweise ist das Gegenteil der Fall. Die antijoziale und rückwärtliche Politik scheint nur allzusehr beachtet zu werden.“

Das Ministerium Ribot ist also gestürzt, erstens weil es gegenüber den Kriegszielen eine unklare Haltung einnahm und infolgedessen bei keiner der großen Parlamentarischen Parteien eine feste Mehrheit fand; zweitens weil es der wachsenden Reaktion verdächtig war, mit den Sozialisten, Gewerkschaften und Friedensfreunden zu fraternisieren.

M. Beer.

Rußland am Vorabend ernstere Ereignisse.

In Rußland spielen sich gegenwärtig wieder Vorgänge ab, die unter Umständen geeignet sind, das russische Reich in die schwerste Verwickelung zu stürzen und vielleicht den Bürgerkrieg in seiner gräßlichsten Form heraufzubeschwören. Es sind jetzt gerade sechs Monate her, daß die russische Revolution den Zarismus in den Staub stürzte. Ihre Bilanz ist nicht erfreulich, weder für den Russen noch für den Friedensfreund. Immerhin, trotz vieler Enttäuschungen — sie hielt wenigstens noch formell an ihrem Programm des Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen fest und setzte dadurch eine gewisse Macht hinter Stockholm und hinter die Friedensansichten überhaupt. Die gegenwärtige Regierung Rußlands, das Kabinetts Kerenski, ist bürgerlich-sozialistisch. Es hat zu Feinden die Extreme von rechts und links: die Bolschewiki, welche nicht die Alleinherrschaft ihrer eigenen Partei, wohl aber die unumschränkte Diktatur des Proletariats fordern und alle Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte legen wollen. Und auf der anderen Seite die Kadetten um Miljukow, Gutschkow und Fürst Swow, sowie um die Truppenführer Kaledin, Megejew und Kornilow, welche wiederum nicht ein reines Kadettenministerium fordern, wohl aber die gänzliche Ausschaltung der Arbeiter- und Soldatenräte von der Regierung. Auch hier spielt die Friedensfrage wieder eine bedeutende Rolle: die Leninisten scheinen für den sofortigen Frieden zu sein, die Kadetten für Fortsetzung des Krieges im Dienst des Eroberungsprogramms der Entente und die Mitte für den Verständigungsfrieden etwa im Sinne der deutschen Sozialdemokratie.

Der Konflikt zwischen Kerenski und Kornilow ist nunmehr offen ausgebrochen. Kornilow hat den Versuch gemacht, sich der Diktatur zu bemächtigen, und Kerenski hat ihn für abgelehnt erklärt. Wer von beiden Steger bleibt, und ob nicht später ein anderer General, sollte Kornilow unter-

liegen, dessen Versuch mit mehr Glück erneuert, bleibt abzuwarten; ein siegreicher General würde sicherlich Diktator werden.

Wir lassen nunmehr nachstehend die Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur folgen:

Kerenski erließ folgende Proklamation: Am 8. September kam das Duma-Mitglied Swow nach Petersburg und forderte mich im Namen General Kornilows auf, die gesamte Zivil- und Militärgewalt dem Generalissimus zu übergeben, der nach seinem Gutdünken die neue Regierung bilden werde. Die Richtigkeit dieser Aufforderung Swows wurde mir dann durch General Kornilow selbst in einer Mitteilung durch den direkten Telegraphendraft zwischen Petersburg und dem Generalstab bestätigt. Da ich diese an die vorläufige Regierung zu Händen meiner Person gerichtete Aufforderung als Versuch gewisser Bevölkerungsteile betrachte, die schwierige Lage des Landes zu benutzen, um dort einen Zustand herzustellen, der den Eroberungen der Revolution widerspricht, hielt es die vorläufige Regierung für notwendig, für das Wohl des Vaterlandes und für die Freiheit des republikanischen Regierungssystems mich damit zu betrauen, dringende unabweisliche Maßnahmen zu ergreifen, um alle Anschläge gegen die höchste Gewalt und gegen die von der Revolution eroberten Bürgerrechte an der Wurzel abzuschneiden. Daher ergreife ich für die Aufrechterhaltung der Freiheit und der öffentlichen Ordnung im Lande alle Maßnahmen, die ich der Bevölkerung zu gelegener Zeit ankündigen werde. Gleichzeitig befehle ich erstens:

General Kornilow hat sein Amt an General Klembowski, den Oberbefehlshaber der

Armeen der Nordfront zu übergeben und General Klembowski soll vorläufig die Befugnisse als Generalissimus übernehmen, jedoch in Wiswa bleiben.

Zweitens, ich verhängte den Kriegszustand über Stadt und Bezirk Petersburg. Ich fordere alle Bürger auf, zur Aufrechterhaltung der notwendigen Ordnung für das Heil des Vaterlandes mitzuwirken und Armeen und Flotte fordere ich auf, ruhig und getreu ihre Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den äußeren Feind zu erfüllen.

Die Kriegslage.

Die englischen Anstrengungen in Flandern, die neben den eigenen Zielen auch der Entlastung der schwer bedrängten Russen und der Unterstützung der französischen Verbund-Offensive dienen sollten, fanden ein rasches Ende. Auf Erkundungsvorstöße und starke Teilangriffe in der Nacht zum 10. September ist nicht, wie zu erwarten gewesen war, ein neuer großer Angriff erfolgt. Die Engländer begnügten sich mit schwächlichen Teilvorstößen, die überall abgewiesen wurden. Auch das Artilleriefeuer gewann nur stellenweise größere Heftigkeit. Seit dem katastrophalen Zusammenbruch der zweiten großen englischen Flandern-Offensive ist hier die englische Angriffskraft gelähmt. Trotz aller Anstrengungen der Franzosen vor Verdun zerbröckelt auch an der Westfront die Generaloffensive der Entente.

Im Artois war gleichfalls die Kampfaktivität gering, ebenso geriet ein Angriff in der Gegend von St. Quentin ins Stocken. Die bei der Masloff-Berme verloren gegangenen Gräben sind bereits wiedergewonnen. Nur östlich von Belfort wurde die deutsche Linie um ein geringes Stück zurückgedrängt. Die neue Verdun-Offensive zeigt das gewohnte Bild. Geringe Anfangserfolge, die durch Gegenstöße größtenteils wieder wettgemacht wurden und daran anschließende Teilkämpfe, die sich tage- und wochenlang hinziehen können. Die Teilgeschehnisse am 9. September brachten die Deutschen wieder in den Besitz des Nordhügels des Fosses-Waldes. Ebenso wurde im Chaume-Wald sowie in der Gegend von Bauz-Kreuz und in der Gegend von Bauz-Kreuz-Höhe gekämpft. Im Chaume-Wald setzten die Franzosen 9 Uhr abends nochmals einen Angriff vor, der teilweise im Handgranatentamp abgewiesen wurde. Deutsche Stoßtrupps brachten mehrfach Gefangene ein, so aus den Kämpfen im Fosses-Wald und bei der Höhe 344. Hier war deutscherseits 6 Uhr früh ein starker Vorstoß gemacht, der bis in die französischen Stellungen vordrang. Die über 100 Gefangenen, die dabei gemacht wurden, gehören zwei verschiedenen Divisionen an.

Im Osten kam es an der Rigaer Front zwischen Ostsee und Düna nur zu Vorpostengeplänkel. Die Russen sind eifrig daran, so Schanzen und ihre Verbände zu ordnen. Zwischen Trotus- und Ditov-Tal machten die Russen und Rumänen verzweifelte Anstrengungen, den Verbündeten die eroberten Stellungen wieder zu entreißen. Nach starker Artillerievorbereitung griffen sie beiderseits des Dostana-Tales wiederholt an. Alle Angriffe wurden, zum Teil im erbitterten Nahkampf, abge schlagen. Am D. Cosna wurden Russen und Rumänen durch Gegenstoß zurückgemworfen. Abends versuchten sie nach starker Artillerievorbereitung nochmals einen Angriff zwischen D. Cosna und Grosesi, der unter hohen Verlusten der Angreifer blutig scheiterte. Wo die Russen und Rumänen noch mit geringeren Kräften bis zu Kompagniestärke angreifen versuchten, wurden sie überall bereits durch das Sperrfeuer der Artillerie abgewiesen.

Die Heeresberichte.

RTS. Berlin, 10. September. (Amtlich.)

Vor Verdun scheiterte morgens ein starker Angriff der Franzosen im Chaume-Wald. Sonst im Westen und Osten nichts Besonderes.

Wien, 10. September. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Im Bereich von Orléans nahmen die Russen und Rumänen ihre Angriffe wieder auf; sie wurden unter schweren Verlusten abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am 10. September verlief der gestrige Tag abermals ohne größere Kampfhandlung. Bei Bezzecca brachte was ein erfolgreiches Stoßtruppunternehmen über 30 Gefangene und zwei Maschinengewehre ein.

Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Kardisch und östlich des Rast-Sees drängten überlegene feindliche Kräfte, durch Russen verstärkte weisse und farbige Franzosen, unsere Positionen auf die Hauptkette zurück. Aus südlich West kam es zu lebhaftem Geplänkel.

Frankreich und Belgien.

Die Spionage in Belgien.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ tritt der feindlichen Presse entgegen, wonach der Generalgouverneur, Generaloberst von Falkenhayn, ein Schützenregiment in Belgien führt, täglich Massenerschließungen vornehmen lasse und selbst vor den entsetzlichen Marterungen von Frauen und Kindern nicht zurückschrecke. Dagegen erklärt die „Nord. Allg. Ztg.“:

Es sind in der Zeit seit der Ernennung des Generalobersten Freiherrn v. Falkenhayn zum Generalgouverneur in Belgien (1. Mai 1917) 84 der Spionage überführte Belgier zum Tode verurteilt worden. An 19 wurde das Urteil vollstreckt, während nicht weniger als 65 begnadigt wurden. Die 3 zum Tode verurteilten Frauen sind sämtlich begnadigt worden. Ebenso in Belgien kein Kind erschossen worden. Alle Personen, an denen die Todesstrafe vollstreckt wurde, hatten das 20. Lebensjahr überschritten.

Rußland.

Der Arbeiter- und Soldatenrat und Stockholm.

Die „National Tidende“ meldet aus Stockholm: Petersburger Zeitungen berichten: Das Komitee des russischen Arbeiter- und Soldatenrats beschloß, an der Stock-

holmer Konferenz nicht teilzunehmen, da weder England noch Frankreich noch einer der übrigen alliierten Länder Delegierte nach Stockholm sende.

Die Gärung wächst.

Nach einem Bericht des Petersburger Korrespondenten des „Corriere della Sera“ vom 7. September ist die Lage dort kritisch. Die Gärung in den Arbeiterkreisen ist im Zunehmen und wird gesteigert durch die sich verschärfende Lebensmittelkrise und die Arbeitslosigkeit, welche durch die Unmöglichkeit, die Fabriken mit Rohstoffen zu versorgen, veranlaßt wird. Gegenüber dieser Lage hat Kerenski die sozialistischen Mitglieder des Ministerrats zu einer besonderen Sitzung versammelt, um ihre Meinung und die der Arbeiterführer zu hören. Im Arbeiterkomitee gewinnt inzwischen die extreme Richtung immer größeren Einfluß und in den wichtigsten Fragen die Oberhand. Der Zwiepsalt zwischen dem Arbeiterrat und dem Militärkommando ist heftiger denn je. Ein Beschluß des Arbeiterrats tadelt die Kriegsberichterstattung des Oberkommandos, die er als verleumdend für die russischen Soldaten bezeichnet.

Gurko ausgewiesen.

„Berliner Tidende“ meldet aus Stockholm: Wie aus Petersburg telegraphiert wird, ist General Gurko landesverwiesen worden. Er wurde nach Tornea gebracht und kam von dort aus seine weitere Reise selbst bestimmen. In Petersburg und den großen Provinzstädten finden fortgesetzt eine Menge von Verhaftungen und Hausdurchsuchungen statt, um wolle Klarheit über die gegenrevolutionäre Bewegung zu erhalten.

Die finnische Presse.

Ist strengen Verfolgungen durch Kerenski ausgesetzt. Ein maximalistisches und drei gegenrevolutionäre Blätter wurden von Kerenski unterdrückt. Die Privattelegramme der Kriegskorrespondenten sind verboten. Schon in nächster Zeit werden die Reisen nach Petersburg verboten.

Die Niederlage von Riga.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Ausschuß der Soldatenbelegierten der 12. Armee, die Riga verteidigte, legte dem Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats den Bericht über die Ereignisse an dieser Front vor. Der Bericht besagt:

Brusilow war seit langem durch eine Sonderabordnung davon unterrichtet, daß die russische Front an der Düna in der Gegend von Riga nicht genügend gesichert sei und leicht durchbrochen werden könnte. Es wurde der Abordnung aber geantwortet, daß, sobald das Hauptquartier die Nachricht erhalten haben würde, daß die Deutschen dort eine Offensive vorbereiten, die Front alsbald verstärkt werden würde. Es wurde indessen keine Maßnahme getroffen. Die Deutschen waren in dem Absicht, wo der Durchbruch erfolgte, zahlreicher als die russischen Streitkräfte. Nachdem die Deutschen eine große Zahl von Batterien zusammengezogen hatten, griffen sie eine aus schlecht ausgebildeten Territorialtruppen zusammengesetzte Division heftig an. Die Deutschen wußten nicht nur, wo die Russen schwächer waren, sondern besaßen auch genug Angaben über die russischen Batteriestellungen, die sämtlich alsbald außer Gefecht gesetzt wurden. Das deutsche Feuer war von unerhörter Heftigkeit, aus erstickenden Gasen chemisch so zusammengesetzt, daß (hier ist der telegraphische Text verstümmelt) nutzlos waren. Das deutsche Feuer vernichtete binnen kurzem alle Telefone, Telegraphen- und Beobachtungsstellen. Die russischen Batterien schossen nur auf gut Glück, fast ohne dem Feind zu schaden. Ein General, der den Auftrag erhielt, die strategische Lage wiederherzustellen, befehligte die Division nach dem Durchbruchabschnitt zu marschieren. Aber der Divisionskommandeur führte den Befehl nicht aus. Der Bericht sagt ferner, daß ankam alle Truppen in einer Masse zum Gegenangriff vorzuwerfen, die Regimenter einzeln vorgeordnet wurden und die Deutschen sie nacheinander überwältigten. Die Soldaten wie die Offiziere kämpften heldenhaft. Zahlreiche Einheiten weigerten sich, dem Befehl nachzugehen. Folge zu leisten, da sie an einen Verrat des Oberkommandos glaubten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, nach der Entgegennahme des Berichts, die Regierung aufzufordern, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, dem ein Vertreter der demokratischen und militärischen Organisation angehören solle.

Für den Frieden.

Der allrussische Genossenschaftskongreß beschloß einstimmig eine Resolution, durch welche das Londoner Bureau des Internationalen Genossenschaftsverbandes angefordert wird, unverzüglich eine internationale Konferenz zwecks Unterstützung der sozialistischen Friedensaktion zu organisieren.

Die Petersburger Gemeinderatswahlen.

Der „Kain“ meldet aus Petersburg: Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen überraschte in politischen Kreisen lebhaft. Die sozialrevolutionäre erhielt 120 000 Stimmen, die Leninisten 88 000 und die Kadetten nur 52 000. Die Niederlage der Kadetten wurde um so mehr beachtet, als man geglaubt, sie würden den Sieg davontragen. Allgemein ist man der Ansicht, daß die ärmliche Opposition der Kadetten gegenüber dem Arbeiter- und Soldatenrat viele gemäßigte Elemente in die Reihen der Leninisten getrieben hat. Außerdem scheinen sie infolge ihrer Weigerung, mit der provisorischen Regierung ernstlich zusammenzuarbeiten, viele Stimmen verloren zu haben.

England.

Die englische Antwort auf die Papstnote.

Aus Washington wird gemeldet, England teile den Vereinigten Staaten mit, daß die Antwort Wilsons auf die Friedensvorschläge des Papstes im Sinne der britischen Antwort sei, wie Cecil kürzlich erklärte.

Die Stockholmer Konferenz.

Arnold Bennett äußert in einem Artikel in der „Daily News“ die Gründe der Gegenpartei gegen die vorläufig angegebene Konferenz in Stockholm. Bezüglich der britischen Opposition schreibt Bennett u. a. Unsere herrschenden Klassen erheben zwei Dinge, nämlich den Widerspruch, daß dem Krieg und die gewaltige Ausdehnung des britischen Reiches in Afrika, China u. d. m. nicht abgehenden Arbeiterklassen die Friedensbedingungen entgegenstehen, würden sie es wagen, daß die beiden Ziele unmöglich würden. Das alles erklärt ausreißend die Gegenpartei gegen die Konferenz. Aber der Grund für die Opposition liegt noch tiefer. Er liegt in der grundsätzlichen Abneigung der herrschenden Klassen gegen den Gedanken, daß die Welt des Volkes irgend etwas mit der Forderung der Friedensbedingungen zu tun haben dürfe. Die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung des Kampfes für den Frieden ist und sein sollen, hat bei der jüngsten Konferenz

immer Gekling. Cecil, der britische Vertreter dieser Klasse, sprach sich noch neulich in diesem Sinne aus. Balfour, ein äußerst gefährlicher Feind der Demokratie bringt es fertig, vor die Volksvertreter zu treten und ihren Anspruch, das Staatsrecht zu lenken, zu verhöhnen. Die Volksvertreter sind so gesunken, daß nicht einer unter Hundert einen energischen Einspruch dagegen macht. Es ist natürlich, daß in einer so undemokratischen Atmosphäre, wie in der jetzt herrschenden, jeder umfassende Plan zur Teilnahme des Volkes an der Gestaltung der Friedensbedingungen von den Vertretern der privilegierten Klassen und den Feinden der Volksfreiheit unterdrückt wird, soweit er sich unterdrücken läßt. Bennett schlägt: Die Idee der Konferenz wird wieder erwachen und ihr Wiedererwachen ist von großer Wichtigkeit. Ihr schließlicher Erfolg hängt von der Stärke des Volkes ab, das, wenn es zeigt, daß es ihm ernst ist, die Regierungen stets zwingen kann, ihm beizugeben. Gerade bezüglich der Opposition der privilegierten Klassen unseres Landes können die Demokraten mit der erfreulichen Tatsache rechnen, daß wir einen Premierminister haben, der die Grundsätze eines Wetterfahrhahnes besitzt.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Die Entschliebung, die die Gewerkschaftskonferenz von Stockholm vom 5. September zur Stockholmer Konferenz annahm, hat folgenden Wortlaut:

1. Wir empfehlen, daß das Parlamentskomitee auf jede mögliche Weise versucht, eine allgemeine Arbeitseinstimmung über die Ziele der arbeitenden Klassen der alliierten Völker zu erlangen, was nach unserer Ansicht eine Grundbedingung für eine erfolgreiche internationale Konferenz ist.

2. Wir sind der festen Überzeugung, daß eine internationale Arbeiter- und Sozialistenkonferenz von größtem Nutzen sein wird und notwendig ist als Einleitung zum Abschluß eines dauerhaften und demokratischen Friedens, und wir empfehlen, daß das Parlamentskomitee des Gewerkschaftskongresses ermächtigt wird, bei der Vorbereitung einer solchen Konferenz mitzuwirken und an ihr teilzunehmen.

3. Wir glauben, daß die Teilnahme des Gewerkschaftskongresses abhängig gemacht werden sollte von der in Punkt 1 niedergelegten Bedingung und von den weiteren Bedingungen, daß die Abstimmung nach Nationalitäten erfolgt, daß die Untergruppen innerhalb der Nationalitäten von der Mehrheit jeder Nationalität überstimmt werden können oder das Abstimmungsrecht jeder Gruppe nach der Zahl der von ihr tatsächlich Vertretenen bestimmt wird.

4. Wir empfehlen, daß diese Konferenz einen Protest gegen die Verweigerung der Rüsse durch die Regierung erhebt, und daß sie fordert, daß, falls eine internationale Konferenz auf der empfohlenen Grundlage stattfindet, den Delegierten aller Länder kein Hindernis in den Weg gelegt wird.

Der Balkankrieg.

Ein Notschrei aus Griechenland.

Der „Tamps“ meldet aus Athen: Die Protration in Griechenland wird auf täglich 180 Gramm für den Kopf herabgesetzt, während die Mindestmenge des Verbrauches ehemals 600 Gramm betrug. Die Einschränkung schädigt die Bevölkerung in ihrer Gesundheit und Moral. Die griechischen Zeitungen bitten dringend, die Handelsmarine zur Versorgung der Bevölkerung mindestens teilweise zurückzugeben. Der Tonnengehalt der griechischen Handelsmarine beträgt heute abzüglich der vorausgegangenen U-Boots-Verluste 490 000 Tonnen, die ausschließlich in den Händen der Entente, in erster Linie Englands, sind. Die griechische öffentliche Meinung verlangt, daß Griechenland mindestens der Frachtraum zur eigenen Versorgung zur Verfügung gestellt werden müsse. Die Athener Blätter bemerken, Venizelos gewähre der Alliierten-Armee 100 000 Mann. Die Nation sei bereit, vorzugehen, brauche aber Brot nötiger als Waffen. Man müsse das Volk in erster Linie vor Hungersnot bewahren, um es streikkräftig zu machen. Selbst die der Entente treu ergebenden Blätter rufen einen Aufruf an die Entente-mächte, endlich das Nötige zu veranlassen, damit dem Glend gesteuert werde.

Der Seekrieg.

Ein französisches Großpatrouillenschiff torpediert.

Das Großpatrouillenschiff „Solo 2“ wurde, nach einer Havasmeldung, von einem Unterseeboot im Mittelmeer torpediert und ist sofort gesunken. Es hatte 257 Personen an Bord, Besatzung und Passagiere. 38 Personen werden vermisst, wovon 37 der Kriegsmarine angehörten, einer ein serbischer Offizier war. 4 serbische Offiziere wurden von dem Unterseeboot gefangen genommen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die deutsche Antwort auf die Papstnote.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Bevollmächtigten zum Bundesrat und die Mitglieder des Reichstages, die den freien Ausschuß bilden, versammelten sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in dessen Hause zur Besprechung der deutschen Antwort auf die Kundgebung des Papstes. In mehrstündiger eingehender Beratung wurden die Verhandlungen unter sorgfältiger Prüfung der vorgebrachten Gesichtspunkte beendet.

Ein neuer Friedensvorschlag.

Der ungarische Bischof Wilhelm Franzer macht in der katholischen Zeitung „Alkotmány“ einen neuen Friedensvorschlag. Von der Papstnote ausgehend, bemerkt der Bischof, daß alle Friedensversuche der Sozialdemokratie unbedeutend waren und daher den Reim des Nickerfolges von Anfang an in sich trugen. Sein Vorschlag basiert darauf, daß die Parlamente Deutschlands, Ungarns und Österreichs die englischen, französischen und amerikanischen Parlamente eruchen mögen, durch geheime Abstimmung je 3 Delegierte zur Ausnahme eines unverbindlichen Gedankenaustausches unter dem Vorzuge des Papstes oder dessen Stellvertreter zu entsenden. Die interparlamentarische Konferenz mit den Vertretern der Zentralmächte soll nur für kurze Zeit tagen. Eine derartige Einladung würde nach Ansicht Franzers kein Parlament zurückweisen. Der Bischof richtet dann an den Friedensapostel, Prälaten Alexander Stejzwein, die Aufforderung, daß er im ungarischen Abgeordnetenhause einen derartigen Antrag stellen möge.

Der Grundgedanke dieser Anregung ist gewiß einer Erörterung wert. Er deckt sich auch mit der Forderung, daß der kommende Friedensvertrag von den Völkern, nicht nur von den Regierungen garantiert werden müsse. Aus welchem Grunde der Bischof die sozialdemokratischen Friedensversuche als „unbedeutend“ bezeichnet, ist allerdings nicht recht verständlich.

Gefangenensfürsorge des Roten Kreuzes.

Das internationale Komitee des Roten Kreuzes beruft nach Genf die Komitees von Dänemark, Holland, Spanien, Norwegen, Schweiz sowie das Sekretariat des Königs von Spanien zu einer Konferenz zwecks Beratung der Lage der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern und ihrer Unterstellungen im kommenden Winter, zu welchem Zwecke die verschiedenen Komitees bei den interessierten Regierungen vorstellig werden sollen.

Einstellung der Kohleneinfuhr nach Holland?

Holländischen Blättern zufolge teilt die Direktion der Holländischen Staatsbahnen mit, daß Deutschland die Kohleneinfuhr nach Holland eingestellt habe.

Die Diktatur in Portugal.

Der „Diario Noticia“ meldet, daß die Diktatur in Portugal eingeführt worden ist. Eisenbahnen, Post und Telegraph unterstehen fortan besonderer militärischer Aufsicht. Am 2. und 3. September kam es zu einem Generalstreik der Eisenbahner, Post- und Telegraphen-Angestellten. Ihnen schlossen sich die Transportarbeiter und Seeleute an. Der Generalstreik richtete sich, soweit aus den genutzten Angaben hervorgeht, in erster Linie gegen die verstärkten Truppenaushebungen. Es kam zu großen Krawallen, vornehmlich am Hafen, wobei mit Maschinengewehren geschossen wurde. Die Regierungstruppen besetzten die Hauptpost und das Telegraphenamts, wurden aber von hier durch die Aufständischen vertrieben und mußten auch schließlich den Bahnhof räumen. Die portugiesische Flotte machte Miene, sich den Aufständischen anzuschließen, wurde jedoch durch den englischen Gesandten eines Besseren belehrt, der ihr eine Erklärung funken ließ, daß jeder Versuch der Flotte, einen Putsch zu veranstalten, durch die englische Flotte unterdrückt werden würde. In der Nacht vom 2. zum 3. September hielten die Kämpfe an, es gelang schließlich, die Aufständischen in der Post und im Telegraphenamts einzuschließen und zu entwaffnen.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Das englische Kriegsamt meldet aus Ostafrika, daß der feindliche Widerstand bei Mpandas, 58 Meilen südlich von Mahengo, am 8. 9. gebrochen wurde. Alle deutschen Stellungen sind besetzt. Unsere Truppen verfolgen den Feind. Belgische Abteilungen überschritten den Manganufluß und rücken von Norden auf Mahengo vor. Die deutsche Seemacht wurde aus Upapos, 65 Meilen südlich von Mahengo und Malinge, 18 Meilen nordöstlich Upapos, vertrieben. Sie zog sich südostwärts zurück und wird von unseren Abteilungen aus Upenbe verfolgt. Auf dem südlichen Kampfschauplatz wurde eine deutsche Abteilung aus Tanderu vertrieben und zog sich auf Kivale zurück. Wie berichtet, stehen gegenwärtig in Portugiesisch-Nyasaland südlich des Rowanossufusses keine deutschen Streitkräfte mehr.

Wachsende Friedensbewegung in Amerika.

Wie aus New York nach Stockholm gemeldet wird, ist die Friedensbewegung in Amerika in unaufhörlichem Wachstum begriffen. Die Mitgliederzahl der sozialistischen Partei stieg seit der Kriegserklärung von 100 000 auf 400 000. Ein nach Kriegsausbruch gegründeter Friedensbund zählt derzeit zwei Millionen Mitglieder. Die Friedensbewegung wächst auch in den Gewerkschaften. Compers ist ohne sichtlich politischen Einfluß. Die Friedenspartei erwartet Wilsons Rückkehr zur Januarpolitik, will sagen zur Politik der Friedensvermittlung, sobald die deutschen Kriegsziele, besonders bezüglich Belgiens, bekanntgegeben sind. Den weiteren Fortschritten des Reichstages in der Richtung einer demokratischen Neuorientierung sieht man mit großer Spannung entgegen. Nach diesen Mitteilungen dürfte die Friedensbewegung in Amerika keineswegs in dem Maße unterdrückt sein, wie man in Deutschland vielfach annimmt.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Dienstag, 11. September.

Der Sozialdemokratische Verein hielt Montagabend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Genosse Löwig gedachte zunächst mit ehrenden Worten der im Felde gefallenen Genossen Wihl. Hartung-Borwerk, Albert Liesenberg, Ernst Krohn, Friedrich Parbs, Heinrich Wienke, Hans Westphal-Dummersdorf, sowie der am Orte verstorbenen Genossen Fritz Gallinat, Heinrich Storm und Karl Büttgen, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Sodann hielt Genosse Stellung einen heftig aufgenommenen Vortrag über die politische Lage. Ausgehend von den furchtbaren Opfern an Gut und Blut, die der entsetzliche Weltkrieg erfordert, behandelte er die von den Sozialisten und dem Papst unternommenen Friedensbestrebungen. Leider sei wenig Aussicht vorhanden, daß die Stockholmer Konferenz zustande komme; wenn auch in den Kreisen der anfangs widerstrebenden französischen und englischen Arbeiter ein Umschwung eingetreten sei, so lehnten doch die herrschenden Klassen alles daran, um durch Verweigerung der Rasse die Konferenz unmöglich zu machen. Der Grund sei klar; zunächst bedenklich die Kriegsziele dieser Gesellschaft nicht mit denen der Arbeiter und dann wollten sie auch verhindern, daß die Arbeiter sich über Friedensbedingungen unterhielten. Letztere festzuhalten, halten sie für ihr alleiniges unantastbares Recht. Auf die Friedensnote des Papstes sei als erste die Antwort Wilsons eingegangen, der er (Redner) im Gegensatz zu Scheidemann und Stauning pessimistisch gegenüberstehe. Trotz alledem seien die Bemühungen um den Frieden nicht vergebens gewesen, sie hätten bewirkt, daß der Friedensgedanke in allen Ländern sich immer mehr Bahn mache. In seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner eingehend die neuesten Vorgänge in Frankreich und Rußland, die zeigen, daß es allenthalben gärt. Einer scharfen Kritik unterzog Redner sodann an der Hand von Beispielen die alldutschen Heteristen und Treiber, über deren Kriegsverlängernde Wirkung sich heute jeder verständige Mensch klar sei. Das Lübecker Amtsblatt sei eine der Abdruckstellen der alldutschen Abfälle, deren weiterer Verbreitung auch staatliche und behördliche Hilfe in Deutschland leider nicht verweigert sei. Aus den Geldern der Steuerzahler habe man hier in Lübeck 10 000 Mark für die alldemokratischen Zwecke an die Deutsch-Baltische Gesellschaft bewilligt, was zum schärfsten Protest herausfordere. Die Alldemokratischen sprachen mit einer Reichstagsaufsicht; möge sie ruhig kommen, die Sozialdemokratie werde Neuwahlen nicht zu fürchten. Dann habe sich Gelegenheit, schlenmählig festzustellen, wie gering das Geschäft Deutscher sei,

Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 11. Sept. (Amtlich.)

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Artilleriekampf in Flandern erreichte an der Küste und im Bogen von Ypern zeitweilig große Stärke. Vorkämpfe der Engländer südlich von Langemarck und nördlich von Frezenberg wurden zurückgewiesen.

Bei Villers, nordwestlich von St. Quentin, entspannen sich heute morgen neue Kämpfe, die für uns günstig verlaufen.

Seeresgruppe Deutsch: Kronprinz.

Unternehmungen französischer Erkundungstruppen, meist durch heftiges Feuer vorbereitet, wurden nordwestlich von Reims und an mehreren Abschnitten der Champagne zum Scheitern gebracht.

Auf dem östlichen Marsduser griffen gestern morgen starke französische Kräfte vom Fosse bis zum Chamewaldes (3 1/2 Kilometer) an. Südlich des Dardillewaldes in unserer Kampfzone eingedrungenen Feind wurde durch Gegenstoß geworfen. An der übrigen Front brachen die französischen Sturmwellen in unserm Abwehrfeuer verlustreich zusammen.

Im Laufe des Tages noch mehrfach erfolgte Angriffsversuche des Gegners schlugen stets fehl.

Im Nachdrängen schoben wir an einigen Punkten unsere Linie vor.

Leutnant Vosch schickte gestern drei feindliche Flieger ab; er erhöhte damit die Zahl seiner Luftflieger auf 45.

Seeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Zwischen den russischen und unseren Stellungen vom Meer bis zur Düna zahlreiche Zusammenstöße von Vortruppen. Der Feind büßte Gefangene ein.

Vorkämpfe russischer Streifabteilungen im Waldgebiet nördlich von Susiath und am unteren Pruth wurden abgewiesen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Im Südozipfel der Bukowina sind die Russen zum Angriff übergegangen. Sie errangen nur brüchige Vorteile bei Solka.

Zwischen Trosus- und Oitoz-Tal hat der Feind seine vergeblichen Angriffe bisher nicht wiederholt.

Magdonische Front.

Im Berggelände südwestlich des Othrida-Sees verhielten deutsche und österreichisch-ungarische Truppen den Franzosen gestern weiteres Vordringen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

das den Kriegstreibern Gefolgschaft leiste. Die Propaganda der Alldemokraten entspringe aber auch der Furcht vor der Demokratisierung Deutschlands. Die sei ihnen ein Dorn im Auge. Leider geschehe es nur langsam hiermit vorwärts, dank der schwankenden Haltung des neuen Reichskanzlers, dem wohl kaum eine lange Amtszeit beschieden sei. Nachdem Redner noch die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland besprochen hatte, schloß er seine Ausführungen mit der Mahnung, einig und geschlossen den großen Kämpfen entgegenzutreten, die uns im Ringen um den Frieden und um ein freies Deutschland noch bevorstehen.

In der Diskussion wies zunächst Genosse Bromme darauf hin, daß die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit den Konserativen und Alldemokraten schwer im Magen liege. Sie fühlen ihre Herrschaft schwinden und deshalb all die krampfhaften Bemühungen, den Reichskanzler auf ihre Seite zu ziehen. Die Demokratisierung schreite leider nur langsam vorwärts. Vor allem sei die erste Notwendigkeit die Reform des preußischen Wahlrechts und des Wahlrechts der Bundesstaaten. Dann müsse die Mitwirkung des Reichstages bei der Wahl des Reichskanzlers gefördert werden. Zum dritten müsse der Reichstag das Initiativrecht erhalten (Einbringung von Gesetzen) und endlich müssen die Sitzungen des Bundestags aufhören, geheim zu sein. Dadurch würde auch der Zusammenhang zwischen Einzelstaaten und Reich klarer werden. Es sei erforderlich, daß sich auch der Würtzburger Parteitag mit diesen Fragen beschäftige. Am Schluß der Verderte Redner, schlenmählig die Kohleneinfuhr der Lübecker Bevölkerung in die Wege zu leiten. Um Gas zu sparen, brauche man Kohlen zum Heizen. — Genosse Hautz stimmte dieser Forderung zu und ging dann des näheren auf die Regelung der Kartoffelversorgung ein. Vor allem müsse gegen das Prämiensystem und Anreizsystem Front gemacht werden. Weiter müsse scharfer gegen den Wucher vorgegangen werden. Die Behörde müsse gerade die großen Wucherer ansassen. Jedenfalls müssen unsere Vertreter im Ernährungsausschuß die Kartoffelversorgung ernstlich im Auge behalten und dahin zu wirken, daß die Fehler des Vorjahres vermieden werden. — Genosse Löwig beschäftigte sich zunächst mit der Propaganda der alldemokratischen Amerikaner, die auch in der Form des „volkstümlichen Abends“ des hiesigen Landeskriegerverbandes getrieben würde, der dadurch und besonders durch die Rede des Pastors Lütge deutlich zeigte, wie die Kriegervereine politischen Zwecken dienstbar gemacht werden. Obwohl die Hälfte der Anwesenden Frauen und Jugendliche waren, denen sonst von bürgerlicher Seite politische Urteilslosigkeit nachgesagt werde, so haben diese doch bei der Abhandlung der bekannten Telegramme mitgewirkt. Das kennzeichnet auch die Bedeutung solcher Kundgebungen, die auch in anderen Orten gegenwärtig an der Tagesordnung sind. Auf die äußere Politik übergehend, erinnerte Redner auch an die Uebereinstimmung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner mit den Forderungen der deutschen Mehrheitsparteien in der Friedensfrage. Er war mit Scheidemann und Stauning der Meinung, daß Wilsons Note in ihrem zweiten Teil das Tor zu Friedensverhandlungen offen lasse. Die Ministertriften in allen kriegführenden Ländern Europas, die Vorgänge in Rußland und auch die ganze alldemokratische Agitation spreche dafür, daß der Krieg in ein kritisches Stadium getreten sei, daß der Friedenswille überall mächtig wachse. Das sei auch auf den Plan der Stockholmer Konferenz zurückzuführen, der auch dann möglich gemacht habe, wenn er nicht mehr verwirklicht werden sollte. — Genosse Henze betonte, daß die hiesige Kohlenstelle bisher nur wenig Sitzungen abgehalten und sich darin hauptsächlich mit den ungeteilten Fragebogen beschäftigt hätte. Ueber die Frage der Steuerermäßigung ist dort noch nicht verhandelt worden. Da hier noch nicht genügend Kohlen vorhanden sind, so erhebe es sich als die Hauptaufgabe, daß wir eine ausreichende Zufuhr erhalten. Nachdem er die Zusammenfassung der hohen Kartoffelpreise skizzierte hatte, betonte Henze, daß vor allem der Erzeugerpreis in diesem Jahr zu hoch gelegen sei. Wenn der Staat durch Zuschüsse den Preis für die Verbraucher herabsetzen solle, so würde das große Summen erfordern. Genosse Eisfelder beschäftigte sich kritisch mit den Orden für die Arbeiter und Ange-

halten in der Heimat. Weiter vertrat er die Meinung, daß man das Geld, dessen das Reich bedarf, in gleicher Weise beschlagnahmen solle, wie das Aluminium und Kupfer der weinigen Bemittelten. Zum Schluß erwähnte er, mehr als bisher für das Interesse an den Versammlungen zu wirken. Genosse Heinrich Schmidt äußerte seine Ungenügsamkeit, daß der Senat die Vertreter der Arbeiterschaft wirklich in die Ausschüsse berufen habe, statt sich an die Partei oder das Gewerkschaftsamt zu wenden. Bezüglich der Lieferung von Kohlen könne man beobachten, daß für gewisse Leute Brickets und auch kleinerer Kois genug vorhanden sei. Genosse Hautz forderte, daß Kriegswitwen und Minderbemittelte unbedingt billigere Kohlen bekommen müßten. Dazu müßten Mittel vorhanden sein. Die könnten nicht 10 Mk. für den Zentner Kartoffeln bezahlen. Vor allem müsse auch Einpruch dagegen erhoben werden, daß es einzelnen möglich gemacht werde, sich direkt durch die Landwirte mit Kartoffeln zu versorgen. Hierauf erhielt Genosse Stellung das Schlußwort. Er betonte, daß die Vertreter in der Kriegshilfe und im Ernährungsausschuß alles geben und die gewünschten Forderungen bereits geltend gemacht hätten. Nur von Lübecker Landwirten könne man sich direkt mit Kartoffeln in der laut Karten zustehenden Menge einkaufen lassen. Das sei aber kaum ein Zehntel des Bedarfs. Die übrigen Kartoffeln würden von Mecklenburg, Pommern und der Mark Brandenburg geliefert und nur soweit Kartoffeln vorrätig sind, würden sie im Rahmen der Kartoffelkarten verteilt werden. Die Befürchtungen, daß dadurch die Besitzenden Wintervorräte einsammeln und die Minderbemittelten zu Zeiten gar keine Kartoffeln bekommen, sei so größtenteils bekräftigt. Auch bezüglich der Kohlenversorgung würden Schritte unternommen. Ferner sei beabsichtigt, für Minderbemittelte die Kohlenpreise niedriger zu setzen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung bemerkte der Vorsitzende, daß Genosse Möller aus privaten Gründen sein Bürgerrechtsmandat niedergelegt habe. Hierauf fand die Versammlung ihr Ende.

Die Bühne der hiesigen staatlichen und städtischen Arbeiter und die Teuerung. Eine im Gewerkschaftshaus abgehaltene stark besuchte Versammlung aller Staats- und städtischen Arbeiter beschäftigte sich mit einem Antrag auf Lohnaufbesserung für alle Arbeiter und Gleichstellung der Winter- und Sommerlöhne für die Bauamtsarbeiter. Der Gauleiter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wies in seiner Ausführungen darauf hin, daß wohl die Löhne der genannten Arbeiter eine Aufbesserung während des Krieges erfahren hätten, daß es aber trotzdem den Arbeitern nicht möglich sei, mit dem heutigen Einkommen wirtschaften zu können. Die Einnahme der städtischen Arbeiter sei zwar um 1,50 bis 2 Mark gestiegen (eingerechnet der gezahlten Teuerungszulage), so daß die Arbeiter jetzt einen Verdienst oder Einnahme von 5,50 bis 6 Mark pro Tag haben. Es sei aber noch zu erwähnen, daß dieser Lohn nicht für alle Arbeiter Geltung hat; die Hilfsarbeiter bei der Straßenreinigung und ebenfalls die Friedhofsarbeiter hätten heute noch bedeutend weniger Einkommen. Es müßte nun die Frage aufgeworfen werden, ob der Lübecker Staat genügend Entgegenkommen gegen seine Arbeiter gezeigt hätte. Dies sei zu verneinen. Im April stellten die städtischen Arbeiter einen Antrag auf Lohnerhöhung und zwar um 1 Mark pro Tag. Auf diesen Antrag wurden 50 Pfennig pro Tag zugestanden. Damit wurden die anfangs erwähnten Löhne erreicht. Der bescheidenen Forderung, die Löhne um 1 Mark zu erhöhen, hätte unbedingt stattgegeben werden müssen, wenn man der Notlage der Arbeiter zu der damaligen Zeit einigermaßen hätte Rechnung tragen wollen. Die Mehreinnahme der Arbeiter beträgt jetzt 40 bis 50 Prozent. Wie steht es nun aber mit der Teuerung. Einwandfrei ist festgestellt, daß die Teuerung um 200 bis 250 Prozent über Normal gestiegen ist. Ist nun der Arbeiter in der Lage, bei einer Mehreinnahme von 40 bis 50 Prozent und einer Teuerung von 200 bis 250 Prozent seine Familie durchzubringen? Man sollte nun auch nicht versuchen, die Behauptung aufzustellen, daß seit Mai dieses Jahres keine weitere Teuerung eingetreten sei. Sehen wir uns doch die erschreckenden Preise für Obst und Gemüse an, sehen wir weiter, daß der Zentner Kartoffeln 10 Mark kosten soll, sehen wir uns die enormen Preise für die Feuerung an. Und mit Grauen denkt der Arbeiter an den Winter, ohne die erforderlichen Schuhe und Stiefel im Regen und Schnee. Kann sich der Arbeiter bei dem jetzigen Einkommen Schuhe und Stiefel für mehr als 50 Mark kaufen? Dies wolle doch gewiß keiner behaupten. Wie die Preise für Schuhe und Stiefel sind auch die Preise für Kleidung und Wäsche. Alles dieses sind Erleichterungen, die sich in der letzten Zeit immer drückender bemerkbar gemacht haben. Hier ist es Pflicht des Staates, einzugreifen, und da wird unbedingt eine weitere Zulage gewährt werden müssen. Hamburg wie Bremen gehen weit über die vom Lübecker Staat gewährte Zulage hinaus. Die gezahlten Teuerungszulagen sind für die Mehrzahl der Arbeiter bedeutend höher, auch sind beide Städte dem Wunsche ihrer Arbeiter beigetreten und zahlten zum zweiten Male eine große einmalige Teuerungszulage; zahlt doch Bremen jetzt wiederum 150 Mark einmalige Zulage. Es sei nun zu wünschen, daß der Lübecker Staat seinen Arbeitern und ebenso den angestellten Hilfsarbeitern in den Bureaus ein Entgegenkommen zeigt. Ähnlich liegt es mit der Bezahlung für die kürzere Arbeitszeit. Die Arbeiter sind nicht schuld daran, daß die Natur es nicht gestattet, die vorgezeichneten 10 Stunden ausarbeiten zu können. Keinenfalls sei es aber angängig, daß man den Arbeitern dieses schmale Einkommen noch mehr schmälern wolle. Man sollte endlich dem Antrage der Arbeiter Rechnung tragen und für die Winterzeit ebenfalls Sommerlöhne zahlen. Alle Diskussions-

Achtung!

An alle Genossen, die vom Militär entlassen oder zur Arbeit beurlaubt sind, die auswärts gearbeitet haben und in Lübeck wieder in Arbeit treten, rüchten wir das dringende Ersuchen, sich im Parteisekretariat, Johannstraße 50, umgehend zu melden, damit die Beitragserhebung sofort geregelt werden kann.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck.

vedner stellen sich auf den Standpunkt des Vorredners und beantragen eine Lohnzulage von 1 Mark pro Tag. Darauf wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, durch die Arbeitsauschüsse 1 Mark Zulage beantragen zu lassen. Der Staat wird hoffentlich diese heilschwere Forderung erfüllen.

Eine dunkle Verordnung. Die Gasrationierung veranlaßt manchen zum Erfaß des Gaslichtes durch ein armseliges Kerzenlicht. Da erfährt man nun eine höchst sonderbare „Sperr“-Maßnahme des Kriegsausschusses für Oel und Fettsäure. Der Bescheidene, der eine Kerze ersuchen will, bekommt deren höchstens drei, wer aber über eine bis zu fünf gefüllte Börse verfügt und die Lichtspenden palet weiß, kann, ist in seinen Wünschen seiner Beschränkung unterworfen, denn nach Aussage der Verkäufer schreibt die Verordnung: „höchstens drei Stück, Borsete in beliebiger Anzahl.“ Also eine ganz eindeutige Aufforderung zum Sparen an alle, die es sich leisten können, wodurch die weniger Begüterten dann wieder einmal benachteiligt werden. Der Kriegsausschuß für Oel und Fettsäure aber wird gebeten, einmal ein Licht anzugünden und den begriffsschwachen Verbrauchern den Sinn solcher Sparerkasse zu erklären oder den Verkäufern eine Auslegung des Gesetzes zu übermitteln.

Die Eier werden noch teurer. Wie die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. mitteilt, stellt sie sich genötigt, von dieser Woche ab den Kleinverkaufspreis für die von ihr aus dem Auslande eingeführten Eier von 36 Pf. auf höchstens 40 Pfennig pro Stück zu erhöhen. Den Anlaß zu dieser Erhöhung gibt die Steigerung der Einkaufspreise für Eier in verschiedenen Einkaufsländern, in denen die Nachfrage außerordentlich gestiegen ist. Falls unsere Leser es schon vergessen haben sollten, möchten wir hier daran erinnern, daß die Eier zur gleichen Zeit im Freiden pro Stück 11 bis 12 Pfennige kosteten.

Aufwandsentschädigung. Im „Armeeverordnungsblatt“ lesen wir: Solange der Tod von Mannschaften des Reichsheeres, der Marine und der Schutztruppen, deren Familien nach dem Bundesratsbeschluß vom 26. März 1914 Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben, nicht einwandfrei festgestellt ist, sind die Aufwandsentschädigungen in der durch den Bundesratsbeschluß gezogenen Begrenzung den Berechtigten in der Regel weiterzuzahlen. Die Auszahlung wird also auch an die Angehörigen solcher in den amtlichen Listen als vermehrt bezeichneten Mannschaften, bei denen der Tod mit hoher Wahrscheinlichkeit als eingetreten anzusehen ist, so lange zu zahlen sein, bis der Nachweis des Todes erbracht ist. Die Zahlung der Aufwandsentschädigung ist jedoch dann einzustellen, wenn etwa den Hinterbliebenen vor der Todeserklärung eine Verlobung gewährt wird. Jedenfalls dürfen Hinterbliebenenbezüge und Aufwandsentschädigung nicht für die gleiche Zeit gezahlt werden. Da die Aufwandsentschädigungen jetzt monatlich gezahlt werden, eine Rückforderung gezahlter Beträge aber in den vorliegenden Fällen in der Regel nicht erfolgen soll, so sind die Aufwandsentschädigungen den Berechtigten auch für den Monat noch in voller Höhe zu belassen, in dem die Einstellung der Zahlungen maßgebenden Tatsachen bekannt werden. Voraussetzung ist dabei, daß die Gesamtschuld für die überhaupt Aufwandsentschädigungen gezahlt werden (2 Jahre usw.), nicht überschritten wird.

Regen Unterjochung von Feldpostbriefen hatte sich am 7. September die Postinspektoren Frau D. L. von hier vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Sie war vom September 1916 bis Juli d. J. bei der Post als Briefträgerin beschäftigt und hat in dieser Zeit 12 Feldpostkästchen und eine Briefsendung unterjochung. Weiter hat sie drei Postkarten und eine Drucksache, deren Adressaten sie nicht ermitteln konnte, verbrannt. Der Inhalt der Feldpostbriefe wollte sie verzeihen oder ihrem Mann ins Geld senden. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Die Kinder-Volkversicherung. Von den über 7 Millionen in Deutschland bestehenden Volksversicherungen sind etwa 48 Proz. sogenannte Kinderversicherungen, d. h. Versicherungen, die auf das Leben von Kindern unter 14 Jahren abgeschlossen werden. Dieser hohe Prozentatz beweist, wie stark das Bestreben, die Kinder zur Konfirmation, Lehrzeit, Aussteuer oder dergleichen mit einem gewissen Kapital zu versorgen, gerade in den breiten Arbeitermassen ausgeprägt ist. Die Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfälle spielt dabei eine weniger wichtige Rolle, da sie, sofern sie die Beerdigungskosten übersteigt, von Gesetzes wegen erst nach vollendetem nächsten Lebensjahr in Betracht kommt und die meisten versicherten Kinder infolge der überaus kurzen Versicherungsdauer den Ablauf der Versicherung erleben. Wir haben schon in einer früheren Notiz darauf hingewiesen, wie ungünstig kurze Versicherungsdauern für die Versicherungsnehmer sind, und haben den Abschluß langfristiger Versicherungen empfohlen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Kinderversicherung. Hier kommt noch hinzu, daß die Versicherungssumme zu einem bestimmten Termin — meistens zur Konfirmation — ausbezahlt werden soll, so daß die Wahl einer längeren Versicherungsdauer, die bei der Versicherung Erwachsener ja ein Leichtes ist, gar nicht einmal immer möglich sein dürfte. Um diesen Nachteil auszugleichen, sollten alle Eltern ihre Kinder möglichst früh, am besten recht bald nach der Geburt, versichern, damit die Versicherungssumme mit den Gewinnanteilen einen nennenswerten Betrag erreicht und die Versicherung ihren hohen Zweck, auch wirklich erfüllt.

trag erreicht und die Versicherung ihren hohen Zweck, auch wirklich erfüllt.

pb. Ein schweres Automobilunglück. Als der Automobilbesitzer Martin Szattinnis in der Nacht vom Sonntag, dem 9., auf Montag, dem 10. ds. Mts., gegen 2 Uhr, mit seinem Automobil zwei Fahrgäste von hier nach Travemünde fahren wollte, und mit ihnen bei der Ueberführung der Travemünder Eisenbahn bei der Siechenbüsch kurz vor Travemünde angelangt war, stürzte das Automobil infolge einer kurzen Wendung um. Hierbei explodierte der Benzinbehälter und setzte sofort das ganze Automobil in Brand. Nach Angabe eines Augenzeugen, eines hiesigen Gastwirts, der die Fahrt vorn neben dem Führer mitgemacht hatte, und beim Umstürzen des Automobils aus diesem herausgeschleudert wurde, sollen beide Fahrgäste, in dem Automobil verbrannt sein, denn es soll ihnen jede Möglichkeit gefehlt haben, sich aus dem geschlossen gewesenen brennenden Automobil zu befreien. Die Fahrgäste sollen zwei 17- bzw. 18-jährige junge Männer gewesen sein, die sich der plattdeutschen Sprache hiesigen Dialekts bedienen haben. Sie waren beide bartlos, und gut gekleidet. Da über die Persönlichkeit der wahrscheinlich völlig verbrannten jungen Leute noch jeder Anhalt fehlt, werden Personen, die hierüber sachdienliche Angaben machen können, ersucht, sich in der Kriminalpolizei bezw. im Polizeibureau Travemünde zu melden. Der Automobilbesitzer Szattinnis ist im Allgemeinen Krankenhaus seines Brandverletzungen erlegen. Der Wirt ist mit einigen Quetschungen und Hautabschürfungen davongekommen.

pb. Diebstahl im Pfandhause. In letzter Nacht sind aus einem hiesigen Pfandhause in der Negidienstraße folgende Gegenstände gestohlen: 1 schwarze Remontoir-Uhr, 1 ebensolche Uhr aus weißem Metall, 1 Doublee-Uhr und eine Schlüsseluhr, ferner 1 Paar goldene Manschettenknöpfe, zwei goldene Ringe und 1 Revolver.

Bremen. Arbeiterschaft gegen Kaufmannschaft. Eine außerordentliche, sehr zahlreich besuchte Versammlung des Bremer Gewerkschaftsrates wandte sich am 7. September mit folgender einstimmig beschlossener Erklärung gegen eine reichstagsfeindliche Kundgebung der Bremer Kaufmannschaft: „Die im Gewerkschaftshaus versammelten Delegierten des Gewerkschaftsrates, der bremischen Gewerkschaftsvorstände und -funktionäre erheben gegen die von einer wirtschaftlichen Interessengruppe, der Bremer Kaufmannschaft, am 28. August in der Börse aufgestellte und in die Deffinitivität getragene Behauptung, daß „weite Kreise der bremischen Bevölkerung“ über den Gang der Verhandlungen im Hauptauschusse des Reichstages in tiefer Besorgnis sein, weil die Mehrheit des Reichstages für einen Verständigungsfrieden eintritt und ein Mitbestimmungsrecht des Reichstages bei Abschluß des Friedens verlangt, entschieden Widerspruch. Sie sind sich dabei der schweren wirtschaftlichen Schäden bewußt, die jede unnütze Hinausschiebung des Friedensschlusses für die große Masse der Bevölkerung in sich schließt, und sprechen die Ueberzeugung aus, daß nur auf dem von der Reichstagsmehrheit im Einvernehmen mit der Regierung beschrittenen Wege das Wohl des gesamten Volkes wahrgenommen werden kann. Insbesondere erklären die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, daß sie mit der vom Hauptauschuß noch während des Krieges geforderten Demokratisierung Deutschlands schon aus ihren wirtschaftlichen Interessen heraus völlig einverstanden sind. Die Bekämpfung der Reichstagsmehrheit durch die bremische Großkaufmannschaft und die ihrer Presse kennzeichnete sich als eine Tat von Vertretern derjenigen Bevölkerungsgruppe, der die wirtschaftlichen Nachteile aus der Kriegsjordauer nicht in dem stetig steigenden Maße fühlbar werden, wie der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung. Die Versammelten erwarten vom Hauptauschuß des Reichstages, daß er fernerhin, unbeeinträchtigt durch die erfolgten Angriffe, energisch die Interessen des ganzen Volkes durch nachdrückliche Forderung der parlamentarischen Regierung im Reiche, des Mitbestimmungsrechtes des Volkes in allen inneren und äußeren Fragen, der Politik vertritt.“

Aus Nah und Fern.
Verhaftete Güterdiebe. Eine Diebesbande, bei der drei Frauen die Hauptrolle spielten, wurde von der Berliner Kriminalpolizei unthätlich gemacht. Von einem Güterbahnhof in der Reichshauptstadt verschwand seit längerer Zeit Risten und Ballen mit Stoffen, Seide, Schmuck, Lebensmitteln. Der Schaden dürfte 100 000 Mark bei weitem überschreiten. Beobachtungen der Kriminalpolizei führten zur Aufdeckung. Die Diebinnen, ihre Helfer und Helferinnen jät hinter Schloß und Riegel. Es sind drei Arbeiterfrauen, Emma Drewh, Elise Sper-

ling und Mathilde Lüdte, ferner der Köchensher Gustav Kriebmann, der Bonitätsbändler Hugo Lust und der Schmiedemester Theodor Stern aus Adlershof. Dieser, der mit Lust schon in eine andere Hehlergeschichte verwickelt ist, lernte eine der Frauen kennen und erfuhr, daß sie auf einen Spezialkommissionär beschäftigt war. Die Frau ließ sich weiter mit ihm ein, und kletterte ihm, wofern er nur Absah fand. Auch die beiden anderen Frauen nahmen an den Diebstählen reichlich teil. Vermittler zwischen ihnen und den Diebinnen war der Köchensher Kriebmann. Er fuhr dreißig an den Rampen vor und verließ ohne Frachtdruck, was die Frauen ihm zustekten. Vom Bahnhof brachten Stern und der Köchensher die Güter zunächst nach einem Raum in der Kaiserstraße. Von dort wurde die Beute nach der Großen Frankfurter-, dann nach der Reibels-, weiter nach der Liegmansstraße und endlich nach dem Grünen Weg geschafft. Hier wurden die Risten geöffnet und Stern und Lust verkauften in ganzen und kleineren Posten aus. Hausdurchsuchungen führten bei den Frauen hohe Summen zutage: bei Frau Drewh 19 000, bei Frau Sperling 10 000 und bei Frau Lüdte 7 000 Mark. Alle drei legten ein Geständnis ab. Stern will auch heute noch von dem Treiben nichts wissen. Man fand aber bei ihm u. a. eine Probe von schwerer Ripsseide, die ebenfalls gestohlen worden ist. Es handelt sich um Seide im Werte von 60 000 Mark, die für 20 000 Mark verkauft worden ist.

Raubmord in Berlin. Aus Berlin wird gemeldet: Die 60jährige Schankwirtin Rachel Jacobi wurde in ihrem Schanklokal Novalisstraße ermordet aufgefunden. Es handelt sich um Raubmord.

Mord an einer Gefangenen. Sonntags nachmittags ist im Brandberger Gefängnis die Gefangenenauferseherin Hasi von zwei weiblichen Gefangenen ermordet worden. Die Täterinnen, zwei angeklagte Gefangenen Ella Sabolla aus Königsberg und die wohnungslos. Gertrud Kröcher aus Weimar, sind Hochstaplerinnen. Die beabsichtigte Flucht gelang nicht.

Großfeuer in Wosen. Aus Wosen wird unter dem gestrigen Datum gemeldet: Seit dreiviertel sechs steht die Johannissmühle n. B. in Wosen in Flammen. Der Schaden ist unübersehbar. Viele tausend Tonnen Getreide sind in Gefahr.

Neueste Nachrichten.
Berlin, 10. September. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 27 000 Brutto-Registertonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Cymric“ mit Kohlen von Newport nach Dublin, der durch „Fogelens“ geleitete englische Segler „Ceeron“ sowie zwei tief beladene englische große Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden. Marineflugzeuge versenkten am 9. September nachmittags in der Themse-Mündung einen englischen Dampfer. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Volkspflege.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johannissstr. 48, pt.

Geöffnet:
**Freitags und Sonnabends,
abends von 7—8 1/2 Uhr.**

Nähere Auskunft über die Volkspflege wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Nah und Fern“ und den Nachbargeliebten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellin.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der vierten Verordnung betreffend den Verkehr mit Eiern vom 2. Juni 1917 wird hiermit angeordnet:
Der Abschnitt O VII des Lebensmittelbuches hat vom 12. September 1917 bis zum 22. September 1917 Gültigkeit. In dieser Zeit darf auf diesen Abschnitt nicht mehr als ein Ei abgegeben und entnommen werden.
Lübeck, den 10. September 1917. (2601)

Das Polizeiamt. (2601)

Sozialdemokratischer Verein, Secretz.
Am 4. September verstarb unser Mitglied Genosse **Karl Rickermann.**
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
(2605) Der Vorstand.

Heinrich Möller
legen mit allen unsrer herzlichsten Dank.
Louise Möller Ww. und Familie.
Selbst bei sol. od. spärlicher Einkommen i. Preis a. 150-200 M. aus liebsten u. Hoheitsbest. Angeh. mit M U an die Exped. (2592)

Kinderswagen, Beddignrohr, od. Klapp-Sportwagen mit Verdeck zu kaufen gesucht. Angeb. unter W B an die Exped. (2597)

Täglich Platzverkauf von Braunkohlen und Holz.
Heinr. Boye,
Lübeckstr. 17 a. (2598)

Der neue Kriegs-Atlas

mit 52 Karten aller Kriegschauplätze in Frankreich, Rußland, Italien und Balkan ist wieder eingetroffen.
Preis 1.— M.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannissstraße 46.

Drucksachen aller Art

fertigt an
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.
Johannissstraße 46.

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.

— Preis 20 Pfg. —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannissstraße 46.

Heines Werke

3 Bände 5.— Mk.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannissstr. 46.

Hansa-Theater.

Heute abend 8 Uhr
Die Macht der Liebe.

Stadthallen-Sommertheater

Dienstag, den 11. Sept. 1917:
Zum letzten Male:
Kyritz-Pyritz.
Mittwoch, den 12. Sept. 1917:
Neuheit !! Neuheit !!
Der müde Theodor
Schwank von Neal u. Ferner.
Donnerstag, 13. Sept. 1917:
Das Dreimäderhaus.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.

Scheidemann zur Wilson-Note.

Von dem Berliner Vertreter der „United Press of America“ über seine Auffassung der Wilson-Note befragt, äußerte Genosse Scheidemann folgendes:

Der gereizte Ton, den die amerikanische Note anspricht, ist zunächst von dem größten Teil der deutschen Presse in der gleichen Weise beantwortet worden. Wer aber in öffentlichen Leben steht, soll es mit dem englischen Sprichwort halten: „Worte brechen keine Beine“ und über allem Lärm die Sache selbst nicht aus den Augen verlieren. Ich finde, daß die amerikanische Regierung ihre Kriegsziele in einer Weise umschreibt, die so aussieht, als habe ihr das Friedensprogramm des Reichstages als Unterlage bekanntlich den Frieden der Verständigung und der dauernden Verständigung der Völker. Er erklärt, daß mit einem solchen Frieden erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar sind. Er weist alle Pläne, die auf wirtschaftliche Absperzung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen, zurück. Er erklärt, daß er die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern wird.

Mit alledem ist die amerikanische Regierung einverstanden. Die Frage entsteht: Warum führt sie dann gegen uns Krieg? Sie beantwortet diese Frage damit, daß ihr die gegenwärtige deutsche Regierung nicht geeignet erscheint, als Garant für den kommenden Frieden einzutreten. Dazu bemerkt ich, daß der Reichstag, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung des deutschen Volkes, bereit ist, die Garantien für den kommenden Frieden mit zu übernehmen. Der Gedanke, daß dieser Frieden, um Dauer zu verschaffen, nicht nur von den Regierungen, sondern von den Völkern selbst garantiert werden soll, ist vollkommen richtig, wenn er auch von der amerikanischen Regierung in eine Form gekleidet wurde, die für die deutsche Regierung verkehrt ist. Formen für diese Garantie, die nach meiner Meinung gar nicht tief genug in den Völkern verankert werden kann, müssen in den künftigen Friedensverhandlungen gefunden werden.

Praktisch sieht meines Erachtens die Sache so aus: In diesem entsetzlichen Uebermaß wird jedes Volk mißachtet für ein Menschenalter außerstande sein, einen neuen Krieg zu führen, es wäre denn, daß es durch den Friedensschluß in eine ganz verzweifelte Lage versetzt würde, aus der es, koste es was es wolle, einen Ausgang suchen müßte. Ein solcher Friedensschluß wird aber weder vom amerikanischen noch vom deutschen Volke gewünscht. Der Frieden nach dem Kriege wird also durch das automatische wirkende Gesetz der Erschöpfung für sehr lange Zeit gesichert sein. In dieser Zeit wird die Sache der Demokratie und des Sozialismus in allen Ländern rapide Fortschritte machen und dann wird es möglich sein, die Sicherungen des Weltfriedens-Vertrages noch härter zu festigen und auszubauen. Ich glaube also, daß dieser Krieg tatsächlich der letzte ist, der zwischen den großen zivilisierten Völkern geführt wird.

Zur Erreichung dieses Zieles ist alles weitere Blutvergießen vollständig überflüssig. Wenn man das in Amerika nicht glaubt, so unterschätzt man die Macht des Deutschen Reichstages und die Stärke der deutschen Bewegung, die unaußhaltbar zur Demokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens drängt. Die Demokratisierung schreitet in Deutschland fort, obwohl, wie man auch in Amerika weiß, der Krieg die schlechteste Gelegenheit zur weiteren Entfaltung demokratischer Einrichtungen ist. Deutschland ist jetzt schon auf dem Wege zur Demokratie; es wird auf ihm auch weiter fortgeschritten, wenn der Krieg noch länger dauert, es wird aber desto rascher vorwärts kommen, je schneller die Hindernisse des Kriegszustandes aus dem Wege geräumt werden. Der Friedensschluß bedeutet schon morgen Demokratie und gesicherten Frieden für die ganze Welt.

Das Stockholmer Programm des jüdischen 103. Arbeiterverbandes Poale-Zion.

Die Delegation des Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion hat an das Holländisch-Scandinavisches Sozialistische Komitee eine längere Erklärung gelangen lassen, die uns jetzt im Wortlaut vorliegt: Gründung einer überstaatlichen Organisation, eines Friedensbundes der Völker, und Selbstbestimmungsrecht der Nationen, aufgestellt und eingehend begründet. Die speziell jüdischen Forderungen lauten:

1. Völkische Gleichberechtigung für die Juden aller Länder. Gleiche Behandlung der jüdischen Bevölkerung der vom Krieg heimgekehrten Gebiete bei ihrem Wiederaufbau.
 2. Freiheit der Einwanderung und Ansiedlung der Juden in allen Ländern.
 3. Nationale Selbstverwaltung (auf Grund des Personal-Prinzips) und nationale Gleichberechtigung in Staat, Provinz und Gemeinde für die Juden in den Ländern jüdischer Massenansiedlung.
 4. Sicherung der unbehinderten kolonialisatorischen Betätigung der Juden, die auf die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina gerichtet ist.
Hierfür ist notwendig:
 - a) Die Beseitigung aller die Freiheit der Einwanderung und Kolonisation der Juden beschränkenden Maßnahmen, weitgehende Erleichterung der Naturalisation und freie Wirksamkeit der Institution für die Zwecke der jüdischen Kolonisation.
 - b) Die Schaffung von modernen, demokratischen Rechtsverhältnissen, sozialpolitischen Maßnahmen für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, ferner die Gewährung von wirtschaftlichen Erleichterungen und Bürgschaften zur Förderung der Kolonisation, vor allem die Verwendung von herrenlosen und staatlösen Ländereien, sowie der Latifundien sowohl zur Ansiedlung von Einwanderern, wie für die bodenlose beziehungsweise landarme ackerbaureisende Bevölkerung des Landes.
 - c) Die Verwandlung Palästinas in ein eigenes Selbstverwaltungsgebiet und administrative Vereinheitlichung des Landes.
 - d) Die nationale Autonomie für die jüdische Bevölkerung in Palästina.
- Die Durchführung aller obigen Forderungen soll international garantiert werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Stimme des Volkes.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt einen langen Artikel, in welchem er zu einem Protest des deutschen Volkes gegen die Note Wilsons auffordert. Eine Kundgebung der deutschen Volksvertretung, wie sie der Reichstagspräsident angeblich in Aussicht gestellt habe, genüge nicht, insbesondere aber müßten die deutschen Frauen die Führung in dieser Protestbewegung übernehmen. Und zwar wird dazu gesagt: „Millionen deutscher Frauen müßten diesem indirekten Urheber an dem Tode von Tausenden und aber Tausenden deutscher Männer ihren Fluch und ihren Abscheu ins Gesicht schleudern. Deutsche Frauen sind berufen, diesem traurigen Helden, der in sicherer Hut sein Land gegen uns in den Krieg geschickt hat in der Voraussetzung, dadurch dem deutschen Volke den Todesstoß zu versetzen und sich an der Beute beteiligen zu können, ihre Verachtung zu bezeigen. Die deutschen Frauen helfen damit in der Abwehr. Sie beteiligen sich auf diese Weise an der Verteidigung des Vaterlandes, nicht wie die englischen Suffragetten und die russischen Frauen, die, in den Kampf ziehend, die Verrohung, die ein Krieg im Gefolge hat, auf das weibliche Geschlecht übertragen; auch nicht wie die Französinen, die, alle Frauen-

würde vergebend, sich in Beschimpfungen und Mißhandlungen von wehrlosen Kriegsgefangenen nicht genügt tun können. Aber sie können den Amerikanern zu Gemüte führen, daß, wenn wir auch keine Monroe-Doktrin kennen, wir uns doch ebenso wie andere Völker jede Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten auf das entschiedenste verbitten, und daß Herr Wilson jedenfalls der letzte Mann ist, den das deutsche Volk mit der Aenderung seiner politischen Zustände, falls eine solche vonnöten ist, betrauen möchte!“

Mit der Vertiefung, die hier den deutschen Frauen zuteil wird, steht allerdings die Tatsache in schneidendem Kontrast, daß im Verfassungsausschuß des Reichstages der sozialdemokratische Antrag, den deutschen Frauen das Wahlrecht zu geben, mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten abgelehnt worden ist. Diese ebenso bedauerliche wie bezeichnende Tatsache wird natürlich dem Präsidenten Wilson Anlaß bieten, darauf hinzuweisen, daß gerade in Deutschland die Frauen auf politischem Gebiete völlig entrechtet sind. Und dieser Konstatierung kann man leider kein Dementi entgegensetzen.

Eine alldeutsche Gründung.

Der bekannte Führer, Generallandschaftsdirektor Rapp, der wegen seiner unerhörten heftigen Angriffe gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg aus seinem Amte scheiden mußte, hat sich auf ein neues Gebiet geworfen, auf das der Partei-Gründung. Um dem angeblichen Uebel der verschiedenen „Parteien“ im Reiche zu steuern, hat er noch eine neue Partei gegründet. Unter dem Ruf, den er verspricht, sind die Namen des angeblich fortschrittlichen Oberbürgermeisters Dr. Körte-Königsberg, des Titular-Oberbürgermeisters Pöhl, des Inhabers der Schiffbau-Werke Dr. Fieße und andere zu finden. Die Gründer der Partei haben sich an den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg und an den Großadmiral v. Tirpitz gewandt, um diese beiden Herren zu bitten, die Führung dieses Werkes des Herrn Rapp zu übernehmen, und beide haben zugestimmt. Und was diese neue Partei eigentlich will, das ergibt sich aus folgenden Sätzen des Aufrufes:

„Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine, wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.“

Die neue Partei ist also hauptsächlich gegründet worden, zum Kampf gegen die gegenwärtige Mehrheit im Reichstag und in der Hauptsache, um die Friedensfundamente abzuschwächen, die in der Erklärung der Reichstagsmehrheit zum Ausdruck kam. In Wirklichkeit bedeutet die neue Partei eben einfach eine Organisation mehr, denn die Leute, die ihr angehören, haben bisher schon den Kampf für ihre Ziele innerhalb des Rahmens anderer rechtsgerichteter Parteien geführt.

Dänische Kriegssteuern.

Kopenhagen, den 4. September 1917.

Dem dänischen Folketing ist von der Regierung eine ganz Reihe neuer Steuerentwürfe vorgelegt worden. Die persönlichen (direkten) Steuern sollen danach um 33 bis 75 Proz. auf dem nach folgender Tabelle erhöht werden:

Einkommen	Steuer	Erhöhung	Gesamtsteuer
Kr.	%	%	%
6 000—8 000	2,7	0,90	2,97
8 000—10 000	3,0	1,00	4,00
10 000—15 000	3,3	1,10	4,43
15 000—20 000	3,7	1,25	4,92
20 000—30 000	4,1	1,40	5,41
30 000—40 000	5,0	2,00	7,00
50 000—100 000	5,5	3,50	8,55
100 000	6,0	4,50	10,50

Trene slegt.

Eine Geschichte von der See.
Von Edmund Hoefler.

22. Fortsetzung.

Die drei Herren waren betroffen. „Es wird doch kein Unflut gegeben haben?“ sagte der Oberamtmann.

„Die Kinder —“ rief der Direktor, aufspringend.

„Bleiben die Herren ruhig,“ sprach Bensheim beschwichtigend. „Das Mädchen war allerdings jählich, das arme Ding hat gerade ein paar böse Tage zu erleben gehabt! Ich werde ja aber hören und, wenn's nötig, sogleich rapportieren. Bitte um Entschuldigung!“ Und er ging rasch aus der Tür.

Christine stand noch ganz in der Nähe, als habe sie auf ihn gewartet, den Kopf geneigt, die Hände gefaltet. Sie war leichenblass und zitterte an dem ganzen Leibe.

„Was um Gotteswillen gibts? Was hast du Kind?“ fragte Bensheim, durch diese Zeichen ernstlich beunruhigt, denn mit Ausnahme des vergangenen Tags hatte er in all den verflochtenen Jahren und bei allen, sei es unangenehmen, sei es hebenfälligen Vorkommnissen, wie sie in einer heranwachsenden Familie nicht ausbleiben können, stets die ruhige Haltung und Fassung des Mädchens zu loben gefunden.

Nun erhob sie die Augen zu ihm, sie standen voll schwerer Tränen. Und nun flüsterte sie, kaum verständlich: „O du lieber Gott, Herr Oberförster — er ist da!“

„Was rede ich? Wen meinst du? Wer ist da? Kind, so laß dich doch!“ sprach er, immer unruhiger.

Und da murmelte sie: „Er — Detlef — Herr Horst!“

„Horst — hier? Du träumst!“ rief er ganz bestürzt und ungläubig.

Da ich mit der Kleinen eben im Garten war und beim Baden im Schatten lag, sprang er aus den Lärmen und über den Zaun. Und er will zu Ihnen, und daß der Herr Direktor da, ist ihm recht. O Jesus, Gottesohn, Herr Oberförster, haben Sie Erbarmen mit ihm —“

„Wo ist er?“ fragte Bensheim ernst, aber ruhig.

„In's Gartenzimmer hab' ich ihn gebracht, da kann er am liebsten wieder hinaus. Draußen sind die jungen Herrschaften schlafen.“

„Sch — und laß' ihm, ich komme sogleich.“ Und sich abwendend, öffnete er die Tür und sprach mit aller ihm möglichen Unbefangenheit zu den Gästen: „nochmals Entschuldigung, es ist draußen im Park etwas passiert, nichts für Sie und auch nichts

Schlimmes. Aber ich muß danach sehen. In einer Viertelstunde bin ich wieder bei Ihnen.“ — Er eilte mit ungewöhnlicher Raschheit fort und gegen die Rückseite des Hauses, wo Christine eine Tür bei ihrem Verhängen offen gelassen hatte.

Durch das erste Zimmer, mit jenem Ausgang in's Freie, ging er hindurch und trat in's zweite. Da stand der Flüchtling in der Nähe eines Fensters, das gegen überflüssige Blicke von draußen durch ein Gebüsch von Schneeballen und Goldregen geschützt, von ihm geöffnet worden war — um desto leichter vor unermuteter Gefahr entfliehen zu können! Es traf Bensheim wie ein Stich in's Herz, wann er zurückdachte, wie der Detlef Horst da vor ihm geboren und erpogen war, in welchen Verhältnissen, mit welchen Ansprüchen, mit welchen Hoffnungen, ein Sproßling des uralten ehrenwerten Geschlechts, ein Sohn des reichsten Mannes im Lande! Und nun ein Flüchtling, ein Heimatloser, im Verdacht der schlimmsten Taten, wenn auch nicht ihrer schuldig — danach fragt die Gesellschaft bekanntlich wenig, und auch das Geschick und seine Güter kümmern sich darum erst in zweiter Linie. Der Verdacht ist's ja, der so einem armen Teufel meistens den Hals ebenso reitungslos bricht, wie im schlimmsten Falle das Richtschwert, wenn auch nicht so blutig!

Der Flüchtling mochte voll tiefer Gedanken ins Freie hinaus gehen haben, darauf deutete die hastige Bewegung, mit der er sich auf das Öffnen der Tür umdrehte. Bensheim schloß sich durch das, was er vor sich sah, halb überrascht, halb mit einer Art von wohlthuender Genugtuung erfüllt: wie Christine von Detlef geredet und was Caspar Peers angedeutet hatte, das alles ließ ihn einen Menschen erwarten, der weder Zeit noch Lust gehabt, an seine äußere Erscheinung zu denken, und die Nacht und Verfolgung der letzten Tage konnten einer Veränderung zum Besseren nicht günstig gewesen sein. Wir, die wir den Mann mehrmals gesehen und beobachtet haben, wissen, daß der Oberförster sich in seiner Annahme nicht täuschte, und für uns würde daher auch die Ueberraschung bei weitem größer gewesen sein, wenn wir ihn jetzt von neuem und so vollständig verändert vor uns gesehen hätten. Denn nicht nur der schlechte, abgenützte und ärmliche Anzug war verschwunden, sondern auch von der Vernachlässigung und — leider, daß wir's sagen müssen! — Unsauberkeit der früheren Erscheinung ließ sich gegenwärtig nichts bemerken. Im Gegenteil, der Mann erschien, wie einer von jenen Leuten, denen wir nur am Bord großer Schiffe begegnen, praktisch und dach bis in die geringsten Einzelheiten, und dennoch adrett und vor allem von einer Sauberkeit, die weniger den Eindruck der Peinlichkeit als einer gewissen — die Leser dürfen nicht lachen! — Koketterie macht.

Seinen Kopf hatte er freilich nicht verändern können, und die grauen oder weißen Haare zeigten sich heute wie

Bart und an den Schläfen. Aber der erstere wie das Haupthaar zeigten sich gestutzt und geordnet, und aus den tiefen, vom Leben eingepägten, in Wind und Wetter gehärteten und gefärbten Zügen sprach bei weitem weniger Wildheit, Verbitterung und Grimm des Menschen, der überall auf Feinde stieß, als vielmehr die finstere Entschlossenheit und das tragische Selbstbewußtsein des Mannes, der schon manchen Kampf bestand und dem neuen jetzt entgegentritt, ohne Zagen und Zögern, wenn auch ohne Soffen. Komme, was komme, es findet ihn gerüstet.

Er trat Bensheim entgegen, ruhig und fest, durfte man's heißen. Die Augen trafen sich einander. „Kennen Sie mich noch, Herr Oberförster?“

„Oh ich den Menschen wiedererkannt hätte, das weiß ich nicht; Sie haben sich sehr verändert!“ versetzte Bensheim ernst. „Aber von Detlef Horst, mit dem ich vor dem Zusammenstoß, den habe ich nicht vergessen. Allein davon ist keine Rede,“ fuhr er gedankt, aber rasch sprechend fort. „Jetzt handelt's sich um Sie selbst und Ihre Aussichten. Müßten Sie denn Ihre Zukunft unterbrechen und hierher zurückkommen?“

Es glitt ein beinahe spöttisches Lächeln durch Detlefs Züge. „Eine Komödie, Herr Oberförster, um mir vierundzwanzig Stunden Ruhe für den Körper und Müge zur Ueberlegung und zum Entschluß zu verschaffen, nichts anderes!“

„Das Boot, Herr Horst — ich hab' es von den jungen Eichen aus kommen und abfahren —“

„Ohne mich! Es brachte mir neue Kleider. Im Gefängnis hatte man mich in einen Bagadenanzug gekleidet, wohl um eine neue Flucht zu verhindern. Ich kriegte auch meine Papiere, die ich zuerst nicht bei mir gehabt. Ich will ehrlich sein,“ redete er mit erneuertem finstrem Ausdruck weiter. „Da ich in der Sommernacht ausbrach, hatte ich allerdings im Sinn, mich so schnell wie möglich aus diesem — er lächelte — „unglücklichen Lande zurückzuziehen. Allein die Begegnung mit — einem Mädchen, das mir das liebste Geschöpf auf der Erde ist, auf das alle meine Hoffnungen sich gründen, und das ich demnach, wie es schien, verloren geben mußte, die änderte alles. Ich will ohne sie nicht frei sein, ohne sie nicht fort — lehr' ich doch nur um ihretwillen zurück!“ Und indem er plötzlich dem Oberförster die Hand hinbot, fügte er mit bewegter Stimme hinzu: „nehmen Sie meinen vollen warmen Dank für den Schutz und die Freundlichkeit, die das arme Kind hier in Ihrem Hause genossen hat.“

Die Hände drückten sich fest zusammen.

Nach einer Pause erst sagte Bensheim: „Und nun, Herr Horst?“

(Fortsetzung folgt.)

Auf Vermögen von Nr. 15000 und darüber werden die Steuern durchschnittlich verdoppelt. Die niedrigste Erhöhung beträgt 0,9 %, die höchste 2,5 %.

Table with 2 columns: Tax rate (von 4 bis 6 % ist die Steuer) and percentage (1 %, 2 %, 4 %, 7 %, 10 %, 14 %, 17 %, 21 %).

Die Steuer auf ausländische Gesellschaften wird von 3 auf 6 % erhöht. Auch die Steuern auf Wein, Bier, Tabak, Zigarren und Zigaretten wurden kräftig erhöht.

Table with 2 columns: Tax item (direkte Steuern, Wein, Juwelen und Schmud, Tabak, Zigarren und Zigaretten, Bier, Eisenbahntaxe, Porto) and amount (63 Millionen Kronen, 4, 7,4, 8,8, 12, 0,2).

insgesamt 94,9 Mill. Kronen

Neben allen diesen neuen Steuern beantragt die Regierung auch eine Staatssteuerermäßigung und zwar für Einkommen bis zu 1000 Kronen, von denen in Zukunft nur 1/2 % entrichtet werden soll.

Bewerkschaftsbewegung.

Die Papiergarnfabrikation. Der Krieg hat bekanntlich manche Industriezweige dazu gezwungen, sich in ihren Produktionsformen umzugestalten. Dori, wo bisher die Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden konnten, sind diese Produktionsquellen verlegt und die alten Einrichtungen werden vielleicht auch nach dem Kriege noch lange Zeit verschlossen werden.

näher gebedt werden kann. Durch den Krieg mit Amerika und auch die seinerzeit erfolgten Baumwollankäufe, welche bei Friedensschluss sofort verlandbereit waren, hinfällig geworden.

Zur Aenderung des Hilfsdienstgesetzes. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission nimmt in seiner neuesten Nummer (vom 8. September) Stellung zu der Erklärung des Geheimrats Dautberg, daß er und seine Freunde das Hilfsdienstgesetz nur dahin ändern wollten, daß die Beschränkung der Freizügigkeit im § 9 falle, damit die Arbeitsfreudigkeit in der Munitionindustrie gehoben werde.

Die Gewerkschaften werden sich natürlich einer Aenderung des Hilfsdienstgesetzes, welche lediglich die volle Freizügigkeit der Arbeiter wieder herzustellen will, nicht widersetzen. Nur sind sie der Meinung, daß die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern damit eine Wohlthat erweisen möchten, den gleichen Zweck auch ohne Gesetzesänderung erreichen könnten.

Vom Bestand der Gewerkschaftsbewegung. Auch im Schneiderverband war Ende 1916 der Tiefstand der Mitgliederzahl erreicht; seitdem geht es wieder aufwärts.

Soziales.

Das gewaltig gesteigerte Vermögen der Invalidenversicherung. Das Vermögen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat trotz der Einwirkung des Krieges und der dadurch bedingten Verringerung der Einnahmen und Erhöhung der Ausgaben im Kriegsjahre 1915 noch um mehr als 100 Millionen Mark zugenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Berurteilungen wegen Mietpreiserhöhungen. Das Schöffengericht in Danzig hat mehrere Hausbesitzer wegen unberechtigter Mietpreiserhöhung verurteilt.

Zuweilen hört man die Befürchtung aussprechen, daß nach der Beendigung des Krieges große Beträge Kriegsanleihe zum Verkauf gelangen werden, weil die dann erwachsende Unternehmungslust und die Wiederauffüllung der Warenlager an vielen Stellen die Bereitstellung von Geld erfordern wird.

In Friedenszeiten betrug die Verzinsung der deutschen Reichsanleihen nicht mehr als 4 vom Hundert, ja der größte Teil der Reichsschuld während der Zeit vor dem Kriege war mit dem 3 1/2-prozentigen Zinsfuß ausgestattet.

Die Einzahlungen werden bereits vom 29. September ab verzinnt, der erste Pflichtzahlungstermin ist aber erst der 27. Oktober. In diesem Tage müssen 30 vom Hundert des dem Zeichner zugewiesenen Betrages an Kriegsanleihe bezahlt werden.

Der Zinslauf der 4 1/2-prozentigen Schatzanweisungen beginnt am 1. Januar 1918, der der 5-prozentigen Schuldverschreibungen am 1. April 1918.

Zeichnungen auf die siebente Kriegsanleihe werden wieder bei allen von früher her bekannten Zeichnungs- und Vermittlungsstellen angenommen. Auch die Postanstalten nehmen wieder Zeichnungen entgegen.

Bon den 5-prozentigen Schuldverschreibungen werden wieder Stücke im Nennwert bis zu 100 Mark hinunter ausgegeben, so daß auch den kleinsten Sparern, auf deren Mitwirkung sehr großer Wert gelegt wird, die Beteiligung an der siebenten Kriegsanleihe ermöglicht ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Das reumütige Geständnis.

Fünf lässliche Halardspieler in allen Alters- und Preislagen fanden vor dem Strafgericht. Sie haben in mitternächtlicher Stille in den Räumen des Kaffees der Strazgänger Oefenonen und verwandter Berufe ihrer Leidenschaft geträumt wie mancher Magnaten nach einer Schaffsur zur Zeit der Härte und Woll.

Richter: Haben Sie gespielt? Angeklagter (Der wegen Fahnenführung Verdächtige): Ja? Richter (laut): Ob Sie gespielt haben? Angeklagter: Ja? Richter (noch lauter): Ob Sie gespielt haben? Angeklagter: Geht man so an? Richter (hörtend): Ja, ob Sie gespielt haben? Angeklagter: Ja, gespielt habe ich.

Angeschlagter: Ja? Richter (hörtend): Ja wie Sie und die anderen gespielt haben? Angeklagter: Ja, gut gespielt! Richter: Stellen Sie sich nicht so dumm; ich frage, was für ein Spiel Sie gespielt haben? Angeklagter: Ich habe das Spiel gespielt mit die andern. Richter: Was ist das für ein Spiel? Angeklagter: A Schnapspiel! Richter: Wer hat die Bank gehabt? Angeklagter: Da Kolmeijer hots ghobt, die Bank, und da Frendl. Ich bin auf'n Sessl ghocht. Richter: Jetzt ist es mir aber schon zu dumm. (Laut): Ich frage Sie, ob Sie „Einundzwanzigerin“ oder „Einschneider“ gespielt haben? Angeklagter: No hat schon bei fünfzehn a aufhörd finnan. Richter: Können tut man das schon, aber es wird niemand bei fünfzehn aufgehört haben. Angeklagter: Ja? Richter: Aufgehört wird niemand bei fünfzehn haben! Angeklagter: Ja. Geduld ist dem Richter die Geduld ausgegangen und er sagt dem Angeklagten ins Gesicht, daß sie Halard gespielt haben. Ein fünfziges Schweigen muß er als Beipatigung seiner Anklage hinzunehmen und er kann mit einem Urteil von je 20 Kronen Geldstrafe vorgehen. Als widerwärtiger Umstand nahm der Richter natürlich das reumütige Geständnis an.

Chelm, das jüdisch-polnische Schilda.

Was allen fad aus den Kinderjahren Schöppenstedt und Schilda liebe Erinnerung. Dem weltwichtigen Forscher ist es bekannt, daß eine jede Land und eine jede Zeit von vielen lustigen Schildbürgerstücken zu erzählen wissen. Auch die Juden Polens haben ihr Schilda und es heißt Chelm, etwa 70 Kilometer östlich Lublin gelegen. Seit und her, wo die „jüdische“ Junge liegt, kennt man die Chelmer Narren (Karron). A. Prilich hat im zweiten Band seiner Sammlungen für jüdische Folklore, Philologie und Kulturgeschichte, Berlin 1917, eine ganze Reihe ihrer Streiche zusammengestellt. Es sind die alten, lustigen weltlichen Erzählungen, nur hier auf Chelm übertragen. Die Juden haben sie bei ihrer Wanderung aus Deutschland in die neue Heimat mitgenommen. Davi denen, die eine besondere jüdische Lösung zeigen, seien sie mitgeteilt.

1. Warum die Chelmer Narren sind?

Jeder Engel hat seine eigene Aufgabe. Darum kann ein Engel nicht zwei Befehle ausführen. Und weil der liebe Gott jedes Jahr in jedem Städtlein einen Narren geboren werden läßt, macht sich der dafür bestimmte Engel mit den Seelen der Narren, die geboren werden sollen, auf den Weg und läßt auf jedes Städtlein eine solche Seele niederfallen. Einmal kam dieser Engel mit einem Saal närrischer Seelen über Chelm des Weges daher. Und da Chelm von Bergen und Tälern umgeben ist, glitt der Engel aus, und so hat er alle närrischen Seelen auf Chelm ausgeschüttet. . . .

2. Wie die Chelmer die Raze gefangen haben.

In Chelm hat es immer eine Menge Mäuse gegeben. Die haben den Chelmern schrecklich zugeheht. Kommt da eines Tages ein fremder Jude nach Chelm und erzählt Wunderdinge von einem kleinen Tierchen, vor dem die Mäuse sich in die Löcher verziehen, sobald sie es nur sehen. Die Chelmer haben ihm dies Tierchen abgekauft, und die Raze, denn so hieß das Tierchen, dem Rabbiner gegeben. Der erzählte gleich Wunder davon, wie sehr die Mäuse sich vor dem neuen Tierlein fürchteten. Da kam der Sommer. Der Rabbiner öffnete das Fenster. Die Raze überlegte nicht lange, springt auf das Dach und vom Dach auf den Schornstein.

Koller Schred ruft der Rabbiner die Gemeinde zur Beratung zusammen, die man wohl die Raze fassen könnte. Man kommt zum Beschluß, das Haus anzufreden — dann wird die Raze schon herunterspringen müssen. Da haben die Chelmer ein Haus nach dem anderen angezündet und die Raze sprang immer weiter, von einem Dach auf das andere. So kam es, daß fast ganz Chelm abbrannte. . . .

3. In Chelm war einmal ein Ratsmann.

Man nannte ihn Israel Zadok. Eines Tages ging er auf den Markt, um selbst Fische für die Sabbatmahlzeit einzukaufen. Er handelte einen lebendigen Karpfen ein und legt ihn mit dem Kopf nach unten in seine Koftschale. Ein halber Fisch guckte zur Tafel heraus. Auf dem Wege gab der Fisch mit dem Schwanz ihm einen Schlag ins Gesicht. Als man in der Stadt davon hörte, rief man das Volk zur Beratung zusammen und nach langem Hin und Her wurde folgendes Urteil verkündet: Dieweil der Fisch den Ratsmann geschlagen, muß er ertränkt werden. Der Stadtdiener nahm den Fisch, ging zum Fluß und warf ihn hinein. So spricht man Recht in Chelm.